



Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Ansbach 2018

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren!

Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass die konstruktiven Fraktionen einige Punkte setzen konnten. Die BAP hat nach jahrelangem zähen Ringen einen Balkenmäher durchgesetzt, die Grünen einen Bauwagen für den Waldkindergarten, die ÖDP einen Anbau am Brodswindener Kindergarten. Die SPD konnte mit Haushaltskosmetik durch Verschiebungen auf 2019 beruhigt werden.

Auch wir haben einiges erreicht: 200.000 Euro netto zusätzlich für den KiTa-Ausbau mit Priorität auf den städtischen Kindergarten. Baulicher Schallschutz in Karolinen- und Güllschule. 50 Prozent mehr Mittel für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Aufzug am Standesamt, der möglicherweise in die Überdachung des Hofs des Jugendzentrums mündet. Alle konstruktiven Fraktionen eint der Wunsch nach mehr kultureller Breitenförderung, sei es für das Theater Kopfüber, Speckdrumm, Kunsthaus Reitbahn oder Spielwerk.

Die CSU stellte nur einen Antrag. Der aber war der größte ungedeckte Einzelantrag, den unser Haus jemals gesehen hat. 1,7 Millionen Euro Einnahmehinderung sollten eingebucht werden. Das Credo der Christsozialen dabei: wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Keine Schulden, keine Einsparungen, keine Steuern- und Gebührenanpassungen. Die CSU wollte einen Haushalt, der nicht ausgeglichen ist. Die SPD hat ihre Anträge wie so oft in den Vorjahren zwar auch nicht finanziert, allerdings ist diese weiland auch nicht als Stabilitätsanker angetreten.

Anspruch und Wirklichkeit der CSU liegen inzwischen so weit auseinander wie Seehofers und Söders Seelen. Die ungedeckten Schecks der Bürgermeisterparteien machen eine Stimme der fiskalischen Vernunft dringend notwendig. Und die kommt in Ansbach von links: Das langjährige Bemühen der OLA für mehr Solidität des Haushalts durch Stärkung der Einnahmeseite bei der Gewerbesteuer ist nunmehr in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2019 abgebildet.

Freilich: gemessen am Gesamtvolumen des Haushalts von über 150 Millionen Euro liegen die am 23.11. seitens der Fraktionen umgesetzten Änderungen im Promillebereich; im Vermögenshaushalt bei immerhin rund einem Prozent. Zu tun hat das in Teilen auch mit zwei nicht zur Deckung bringender Aussagen aus der Verwaltungsspitze.

Auf der einen Seite sagte der Stadtkämmerer bei der Haushaltsvorstellung im Oktober, es liege ein Investitionsstau vor. Auf der anderen mahnte der Baureferent bei den Beratungen im November, personell seien nicht mehr Projekte zu stemmen. Dieser Widerspruch kann so auf Dauer nicht stehen bleiben.

Mittelfristig muss die Oberbürgermeisterin daher Vorschläge zur organisatorischen Stärkung der Stadtverwaltung bei der Aufgabenlösung machen. Kurzfristig sollten wir die Prioritätensetzung unter den im Haushalt verankerten Projekten bewerten. Und hier ist angesichts der beschriebenen Lücke zwischen Notwendigem und Machbarem zu hinterfragen, ob etwa der Aufzug am Stadthaus oder die Verpollerung der Innenstadt tatsächlich oberste Priorität haben soll.

Wenn der Stadtrat mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Entwicklung Ansbachs will, müssen wir über den Tellerrand des heute zu beschließenden Zahlenwerks hinaus blicken. Denn Schulden, Vermögen und Potenzial der Stadt bildet der Haushalt nur ansatzweise ab. Das möchte ich Ihnen an drei Beispielen aufzeigen:

Zum einen wären da die Stadtwerke sowie die Bäder- und Verkehrsgesellschaft. Gegründet im Jahr 2000 als steuerlicher Querverbund sollten Einnahmen der Stadtwerke die Defizite von Aquella und Bussen decken. Naturgemäß gelang das zu keinem Zeitpunkt, da 40 Prozent der Gewinne aus Ansbach weg nach München an die Thüga AG fließen. Dieser Konstruktionsfehler führte zu Entscheidungen, die selbst einstige Befürworter etwa von verheerenden Preiserhöhungen inzwischen als Fehler bezeichnen.

Es ist ja ehrenwert, wenn das der Erste weitere Bürgermeister freimütig einräumt. Doch sollte der Erkenntnis dann auch Konsequenz folgen. Es ist nicht zu spät für Korrekturen im Sinne einer modernen Verkehrspolitik, die Ansbach bei der Mobilität ökologischer und sozialer macht. Die Erfahrungen aus der Teilprivatisierung von Energieversorgung und Mobilität ist in diesen Tagen eine Warnung vor einer weiteren Privatisierung durch das geplante PPP am städtischen Bauhof. Das strukturelle Problem des Querverbunds AVVH kann freilich nur mit der Rückgewinnung der privatisierten Stadtwerksanteile gelöst werden.

Unbenommen: Diese Zukunftsinvestition kostet ebenso Geld wie die Auflösung des vom Stadtkämmerer angemahnten Investitionsstaus. Womit ich zum zweiten Beispiel für eine konsequente Verwendung des Vermögens unseres Gemeinwesens für die Bürgerinnen und Bürger komme. Die Sparkasse als kommunales Unternehmen von Stadt und Landkreis ist gut durch die Fusion gekommen. Sie erwirtschaftet zweistellige Millionengewinne. Die Rücklagen sind inzwischen auf über 300 Millionen Euro angewachsen und garantieren mit hoher Bonität für eine sichere Versorgung unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Kreditwirtschaft. Diese Rücklagen sollen bleiben.

Allerdings sind wir der festen Überzeugung, dass die Bürger von der gewinnbringenden Verwendung ihrer Spareinlagen profitieren sollten. Insbesondere dann, wenn sie selbst keine Zinsen dafür bekommen. Daher ist es an der Zeit, dass die Oberbürgermeisterin als Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkasse eine Gewinnausschüttung an die Träger einbringt. Der laut Sparkassengesetz zulässige Rahmen von bis zu 75 Prozent muss dabei nicht ausgeschöpft werden, doch ist ein Betrag deutlich über der bisherigen, in erster Linie marketingwirksamen Spendentätigkeit mit Blick auf die Aufgaben vor denen wir stehen mehr als angebracht.

Profitieren könnte mitunter das dritte Beispiel kommunaler Daseinsvorsorge, das nur zum Teil im Haushalt abgebildet werden kann. Und damit meine ich den Wohnungsbau. Hier haben Stadtrat und Verwaltung gemeinsam so einige Weichen richtig stellen können. Wir sollten 2018 den großen Schritt für unsere Stadt wagen und den Zug aufs Gleis setzen.

Kommunaler Eigenbetrieb und Mindestquote für bezahlbaren Wohnraum sind ein schlüssiges Konzept, das eine konkrete Antwort gibt auf existenzielle Fragen, die die Menschen in unserer Stadt alltäglich umtreibt. Die Rückmeldungen, die wir darauf bekommen sind eindeutig: Endlich zieht der Stadtrat für ein Projekt an einem Strang, das unmittelbaren Nutzen für die Bürgerschaft bringt und nicht wieder nur für elitäre Kreise.

Im zehnten Jahr kann man auch kurz Zwischenbilanz ziehen: Der Stadtrat bewegt sich oft im

Schneckentempo. Aber er bewegt sich. Und das in manchen Bereichen sogar in die richtige Richtung. Bemerkenswert: Die wechselnden Mehrheiten der diesjährigen Haushaltsberatungen haben mehr Mittel bewegt als die GroKo in den zwei Jahren zuvor. Es gilt, den Wählerauftrag von 2014 mit einer Zweidrittelmehrheit Mitte-Links endlich anzunehmen.

Und auch die im September so arg gerufte CSU kann lernen, dass die wirksamste Abwehr gegen blau-braun soziale Politik ist. Nicht zuletzt in Form auskömmlicher Finanzierung des Gesundheitswesens. Hier dürfen wir gespannt sein, ob der Direktkandidat bessere Bedingungen für Ansbach erreicht als beim Elpersdorfer Kreisel.

Denn wir wissen alle: Die nicht-öffentlichen Endlosdebatten um ANregioemed können Mitarbeiter und Patienten im Klinikum nur bedingt weiterhelfen. Wenn die Gesundheitspolitik von Bund und Land so weitermacht wie bisher, fährt das System zumindest in unserer dünn besiedelten Region gegen die Wand. Es ist bezeichnend, dass Stadt und Landkreis Ansbach nicht nur mit dem höchsten Defizit pro Kopf bei der Krankenhausversorgung im Freistaat aufweist, sondern auch den weitaus größten Ärztemangel in ganz Westdeutschland. Diese Entwicklung ist eben nicht in erster Linie hausgemacht, sondern ein eklatantes strukturpolitisches Versagen der Staatsregierung.

Unser abschließender Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Wir wissen Ihre Arbeit zu schätzen und freuen uns auf die Fortsetzung des guten Zusammenwirkens. Auf der Zielgeraden seines Berufslebens verdient natürlich Herr Schwarzbeck besondere Anerkennung: Nutzen Sie die zunehmende Meinungsfreiheit. Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünschen wir friedvolle Tage zum Jahresende und einen motivierten Start in 2018.

Ansbach, 11.12.2017

gez. Boris-André Meyer

Fraktionsvorsitzender

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199
mail boris.meyer@offene-linke-ansbach.de ◀ web www.offene-linke-ansbach.de